

Sitzungsvorlage Nr. 204/2018

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und
Verwaltung
am 25.07.2018



zur Beschlussfassung

- Öffentliche Sitzung -

03.07.2018

464 - WIV-Ö - 204/2018

Zu Tagesordnungspunkt 4

Auswirkungen des Brexit auf die Wirtschaft in der Region Stuttgart

Antrag der Gruppe Innovative Politik vom 08.06.2018

I. Sachvortrag

Der Antragsteller hat bereits im Juni 2016 den gleichlautenden Antrag gestellt. Damals konnten keine gesicherten Aussagen zu den Auswirkungen des Brexit getroffen werden.

Nach aktuellem Stand wird das Vereinigte Königreich (UK) zum 30. März 2019 formell die EU verlassen. Eine mögliche 21-monatige Übergangsphase bis zum 31. Dezember 2020 ist momentan noch in der Verhandlung und könnte bis zum Herbst entschieden sein.

Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und UK betrug im Jahr 2017 nach der weiter unten erwähnten IHK-Sonderauswertung 121,5 Milliarden Euro. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen vom Handel mit UK ab.

Da noch immer nicht klar ist, welche Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die aktuellen Verhandlungen ergeben werden, ist es auch jetzt nicht möglich, Aussagen zu den wirtschaftlichen Folgen des Brexit auf die Unternehmen in der Region zu treffen. Konkrete Zahlen zu potenziellen Einbußen für das Bruttoinlandsprodukt oder zu einzelnen Branchen können weder von der WRS noch von der IHK genannt werden.

Die IHK Region Stuttgart weist die Unternehmen in der Region jedoch darauf hin, dass sie sich auf Veränderungen einstellen müssen, insbesondere bzgl. Warenverkehr, Verträgen, Lieferketten, Präferenznachweisen und Anzeigepflichten. Hierzu hat sie eine ausführliche Checkliste für Unternehmen erarbeitet, mit der sie zu mehr Planungssicherheit bei den Unternehmen beiträgt. Außerdem bietet sie Informationsveranstaltungen an, die nächste im Oktober.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg hat eine Kontaktstelle für Unternehmen, Verbände und Institutionen eingerichtet. Das Ministerium hat sich 2017/2018 auch an einer umfangreichen Brexit-Folgenabschätzung des europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) zu den Auswirkungen des Brexit auf regionaler Ebene beteiligt.

Wesentliche Ergebnisse der AdR-Studie sind:

- Die Regionen im UK sind insgesamt wirtschaftlich vom Brexit am stärksten betroffen. Im Falle von Handelsbeschränkungen werden Regionen in Irland am meisten betroffen sein, danach folgen Regionen in Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Frankreich. Der Regierungsbezirk Stuttgart (es wurden NUTS 2-Regionen untersucht, in Deutschland entspricht das den Regierungsbezirken) gehört zu den 38 am meisten betroffenen unter den über 200 untersuchten Regionen.
- Regionen mit überwiegend großen Unternehmen sind zunächst stärker betroffen als Regionen mit überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen, jedoch sind große Unternehmen in der Regel resistenter gegenüber den Herausforderungen des Brexit.

- Im verarbeitenden Gewerbe werden die größten Herausforderungen durch den Brexit in der Fahrzeugproduktion, im Maschinenbau sowie in der chemischen Industrie gesehen. Hier wird in allen Umfragen und Studien Baden-Württemberg (u.a. Region Stuttgart) als besonders betroffen benannt.

Eine weitere Einschätzung kann die Sonderauswertung „Auswirkungen des Brexit“ der bundesweiten IHK-Unternehmensumfrage Going International 2018 geben. Die Umfrage des DIHK ist mit Unterstützung von 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland erstellt worden. Die Ergebnisse der Sonderauswertung zum Brexit basieren auf den Antworten von rund 900 Unternehmen, die mit Großbritannien geschäftlich in signifikantem Umfang in Verbindung stehen.

Wesentliche Ergebnisse der IHK-Sonderauswertung sind:

- Der Handel deutscher Unternehmen mit UK nimmt bereits deutlich ab. Vor dem Brexit-Votum war Großbritannien Deutschlands drittgrößter Absatzmarkt. 2017 lag dieser nur noch auf Platz fünf.
- Für die kommenden zwölf Monate erwarten die Betriebe eine deutliche Verschlechterung ihrer UK-Geschäfte: Der Anteil der Pessimisten ist mit 36 Prozent deutlich größer als der der Zuversichtlichen (zwölf Prozent). Betrachtet man die einzelnen Branchen, so schätzen Metallindustrie, Fahrzeugindustrie und Zulieferer sowie Großhandel ihre Geschäftsperspektive am schlechtesten ein.
- Von denjenigen Unternehmen, die sich mit den Auswirkungen des Brexit eingehend beschäftigt haben (79 Prozent aller deutschen Unternehmen), gibt nur etwa jedes siebte Unternehmen (14 Prozent) an, gut auf mögliche Folgen des Brexit vorbereitet zu sein. Ein Drittel (32 Prozent) ist nicht von den Folgen betroffen. Mehr als die Hälfte der Betriebe (55 Prozent) kann jedoch die Folgen für ihr Unternehmen auch nach tieferer Prüfung des Themas noch nicht abschätzen.
- Nur acht Prozent der Unternehmen mit Investitionen im Vereinigten Königreich planen bereits Verlagerungen auf andere Märkte aufgrund des bevorstehenden EU-Austritts, in erster Linie in den Binnenmarkt der restlichen 27 EU-Länder: Jeweils knapp die Hälfte (46 Prozent) zieht eine Verlagerung nach Deutschland (46 Prozent) bzw. in die sonstige EU, Schweiz oder Norwegen (46 Prozent) in Betracht.

Weitere quantitative Einschätzungen und Potenzialaussagen speziell für die Region Stuttgart können nicht getroffen werden.

II. Beschlussvorschlag

Der Antrag der Gruppe Innovative Politik vom 08.06.2018 wird für erledigt erklärt.